Rhein-Kreis Neuss

N I E D E R S C H R I F T

über die **29.** Sitzung

des Kreisausschusses

(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung:	**26.04.2017**
Ort der Sitzung:	Kreishaus Neuss Besprechungsraum 2 (2. Etage) Oberstraße 91, 41460 Neuss (Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung:	15:00 Uhr
Ende der Sitzung:	16:55 Uhr
Den Vorsitz führte:	Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Jakob Beyen — Vertretung für Herr Dr. Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Franz-Josef Radmacher — Vertretung für Herr Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

13. Herr Erhard Demmer
14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Rolf Kluthausen

- **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

18. Herr Robert Abts
19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
20. Frau Janine Conrads
21. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai
22. Herr Elmar Hennecke
23. Herr Benjamin Josephs
24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
25. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
26. Herr Marcus Temburg
27. Herr Harald Vieten

- **Schriftführerin**

28. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	5
2.1.	Sportausschuss am 20.02.2017	5
2.2.	Jugendhilfeausschuss am 07.03.2017	6
2.3.	Finanzausschuss am 14.03.2017	6
2.4.	Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 16.03.2017	6
2.5.	Planungs- und Umweltausschuss am 27.03.2017	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften	7
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: März/April 2017 Vorlage: 61/2030/XVI/2017	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: März/April 2017 Vorlage: 61/2031/XVI/2017	7
6.	Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung (Stand April) Vorlage: ZS5/2036/XVI/2017	8
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2038/XVI/2017	9
8.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: II/2041/XVI/2017	9
8.1.	Aktuelle Flüchtlingszahlen	10
9.	Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2017 als Vorentscheidung für den Landeswettbewerb 2018 Vorlage: 61/2004/XVI/2017	10
10.	Anträge	10
10.1.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 12.04.2017 zum Thema "Rauchfreie Kreisverwaltung" Vorlage: 010/2040/XVI/2017	10
10.2.	Antrag der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. auf ihren jährlichen Zuschuss Vorlage: ZS5/2012/XVI/2017	11
10.3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 25.04.2017 zum Thema „Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW, hier: immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren“	11
10.3.1.	Begründung der Dringlichkeit	11
10.3.2.	Erläuterung des Antrags	12

10.3.3. Abstimmung über den ursprünglichen Antrag 14

10.3.4. Abstimmung über die Adressatenerweiterung 15

10.4. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 26.04.2017 zum Thema "Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss / Neusser HV" 15

10.4.1. Begründung der Dringlichkeit 15

10.4.2. Erläuterung des Antrags 16

11. Mitteilungen 17

12. Anfragen 17

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.04.2017 zum Thema "150 Millionen Euro Gewerbesteuer für die Stadt Neuss" 17

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.
Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	- Jahresbericht wfG 2016
zu Top 10 „Anträge"	- 10.3 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 25.04.2017 zum Thema „Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW, hier: immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren" ⌦ - 10.4 Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 26.04.2017 zum Thema "Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss / Neusser HV" ⌦
zu Top 12 „Anfragen"	- 12.1 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.04.2017 zum Thema "150 Millionen Euro Gewerbesteuer für die Stadt Neuss" ⌦
Zu Top 3 nÖ „Genehmigung von Dringlichkeitsbeschlüssen"	- 3.1 Einstellung einer Psychologin ⌦

Die mit ⌦ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sportausschuss am 20.02.2017

KA/20170426/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sportausschusses vom 20.02.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Jugendhilfeausschuss am 07.03.2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel korrigierte, dass Herr Harald Holler im Jugendhilfeausschuss nicht als Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion, sondern als Vertreter der Arbeiterwohlfahrt des Kreisverbands e.V. tätig war.

KA/20170426/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugenhilfeausschusses vom 06.02.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Finanzausschuss am 14.03.2017

KA/20170426/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 14.03.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 16.03.2017

KA/20170426/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn vom 16.03.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Planungs- und Umweltausschuss am 27.03.2017

KA/20170426/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses

vom 27.03.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: März/April 2017 Vorlage: 61/2030/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich, ob es Unterlagen zu dem genannten Projekt Quirinus gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass sich dieses Projekt mit der Frage beschäftige, wie erneuerbare Energien gebündelt werden könnten und man dadurch ein sogenanntes Flächenkraftwerk in Form eines virtuellen Kraftwerks schaffen könne. Ziel des Projektes sei es, die Anlagen der erneuerbaren Energien über ein Informations- und Kommunikationsnetz miteinander zu verbinden, Daten auszutauschen und die Anlagen an zentraler Stelle so zu steuern, dass das Stromangebot und die Stromnachfrage über entsprechende Systemdienstleistung stabilisierend aufeinander abgestimmt werden können. Das Projekt habe ein Budget von etwa 6 Millionen Euro und erhalte für seine Arbeit von der EU und dem Land NRW einen Zuschuss von insgesamt rund 2,8 Millionen Euro. In Jülich könne man sich dieses Projekt anschauen. Weitergehende Informationen könnten dem Protokoll angehängten Schreiben für Herrn Minister Remmel entnommen werden.

KA/20170426/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft (Berichtszeitraum: März/April 2017) zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: März/April 2017 Vorlage: 61/2031/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen erkundigte sich nach den Voraussetzungen für die Förderprioritäten für das Städtebauförderprogramm 2017.

Kreisamtsleiter Marcus Temburg erklärte, dass die abgebildete Tabelle der Tabelle der

Bezirksregierung entspreche und der Regionalrat in seiner Sitzung beschlossen habe, die Maßnahmen Schloss Benrath und Schloss Dyck sowie die Maßnahme Düsseldorf Aktive Zentren EKISO, Innenstadt Süd-Ost auf Förderpriorität A höher einzustufen. Ob das Land diesen regionalen Voten folgen werde, bleibe abzuwarten.

KA/20170426/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit (Berichtszeitraum März/April 2017) zur Kenntnis.

6. Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung (Stand April) Vorlage: ZS5/2036/XVI/2017

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die aktuellen Zahlen der Vorlage. Er hoffe, dass die Zahlen in Zukunft noch besser würden. Er warne aber vor einer Euphorie, da die positiven Entwicklungen auch durch die steigende Anzahl von Flüchtlingen bedingt seien.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Fachkräftesicherung durch den Ausbildungsmarkt und wie auf einen erwarteten zukünftigen Fachkräftemangel reagiert werden könne.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass in naher Zukunft eine Berufswahlsiegelverleihung stattfinde. Hierbei solle der Fokus auf eine Zusammenführung von Ausbildungsstellen/Studienorten und den Schülern gelegt werden. Die große Mobilität der Jugend sei unterschiedlich ausgeprägt.

Weiterhin bedauerte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass viele Unternehmen keine Ausbildungsstellen mehr anbieten, da der Ausbildungsaufwand zu hoch sei. Dies könne so nicht weitergehen. Unternehmen sollten bei der Verleihung des Berufswahlsiegels nochmals aktiv darauf aufmerksam gemacht werden, dass Ausbildungsstellen weiterhin angeboten werden sollten, um einen Fachkräftemangel in Zukunft zu vermeiden.

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liege in NRW bei rund 6 %, im Rhein-Kreis Neuss bei 4,5 %, in Düsseldorf bei 8 % und in Gelsenkirchen bei 13%, teilte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke mit. Die Gefahr arbeitslos zu werden, sei ohne einen Schulabschluss heute erheblich größer als vor einigen Jahren.

KA/20170426/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand April 2017) zur Kenntnis.

7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/2038/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich, warum die Kosten für Aufwendungen nach dem SGB II im Jahr 2017 in den Monaten Februar auf März angestiegen seien, die Anzahl der Arbeitslosen jedoch gleichzeitig gesunken sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass dies durch die Mehraufwendungen für Flüchtlinge bedingt sei.

Kreisdirektor Dirk Brügge ergänzte, dass die Arbeitslosenquote nicht identisch mit der Zahl erwerbstätiger hilfebedürftiger Personen sei. Die hier dargestellten Zahlen seien aber insgesamt als positiv zu bewerten. Bei den Flüchtlingsbedingten Mehrkosten bestünde lediglich eine kleine Unsicherheit, da der Bund die Kostenübernahme mit den Ländern verrechnen müsste. Hierzu gebe es jedoch noch kein entsprechendes Landesgesetz.

KA/20170426/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Bericht zur Flüchtlingssituation
Vorlage: II/2041/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich stellte die Frage, wie sich die grundsätzliche Situation der Schulabschlüsse bei Flüchtlingen im Berufsbildungszentrum Grevenbroich darstelle und ob es möglich sei, dass Flüchtlinge mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen könnten.

Kreisdezernent Tilmann Lonnes erklärte, dass eine Erreichung eines Abschlusses in Seiteneinsteigerklassen bis zu 2 Jahre dauern könne, einige Flüchtlinge seien jedoch in der Lage, schon innerhalb eines Jahres den Hauptschulabschluss zu schaffen. Dies sei aber eine besondere Leistung. Die anderen können aber auch nach mehreren Jahren einen Schulabschluss machen.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Susanne Stephan-Gellrich, inwieweit die Flüchtlinge durchgängig beschult würden, antwortete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass dieses derzeit so nicht vorgesehen sei, eine Förderung älterer Jugendliche aber über die Bundesagentur erfolge.
Es müsste daran gearbeitet werden, dass Flüchtlinge einen höchstmöglichen Abschluss erreichen. Ziel sei die vollständige Integration von Flüchtlingen.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn verdeutlichte, dass neben einem Abschluss auch die soziale Integration und die Vermittlung von Werten und Sitten von großer Bedeutung sei.

KA/20170426/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

8.1. Aktuelle Flüchtlingszahlen

Protokoll:

Die aktuellen Flüchtlingszahlen wurden in der Sitzung als Tischvorlage ausgelegt und sind der Niederschrift beigefügt.

9. Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2017 als Vorentscheidung für den Landeswettbewerb 2018 Vorlage: 61/2004/XVI/2017

KA/20170426/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestellt die von der Verwaltung vorgeschlagenen Damen und Herren als Mitglieder der Bewertungskommission zur Durchführung des Kreiswettbewerbes 2017 „Unser Dorf hat Zukunft". Der Kreisausschuss dankt den Damen und Herren für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung beim Kreiswettbewerb.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anträge

10.1. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 12.04.2017 zum Thema "Rauchfreie Kreisverwaltung" Vorlage: 010/2040/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Die CDU Kreistagsfraktion unterstütze den vorliegenden Antrag, erklärte Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. Er gab zudem die Anregung, dass die Verwaltung verstärkt auf innerbetriebliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung aufmerksam machen und die vorhandenen Maßnahmen erweitern sollte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass die SPD Kreistagsfraktion dem Antrag ebenfalls folge. Er gehe davon aus, dass sich die Verwaltung des Rhein-Kreises Neuss gesetzkonform verhalte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte, dass die Verwaltung sich an die entsprechenden Gesetze halte. Es gebe ein vom Land NRW eingeführtes Schutzgesetz, das besage, dass Raucherräume zur Verfügung gestellt werden könnten. Es habe bereits Gespräche zum Thema „Rauchfreie Verwaltung" mit Vertretern des Personalrates gegeben. Ziel sei es, dass die Verwaltung rauchfrei werde, dies könne jedoch nicht komplett angeordnet werden.

Nach einheitlicher Auffassung der Fraktionen, soll die Verwaltung des Rhein-Kreises Neuss rauchfrei gestaltet werden. Es werden daher Gespräche mit dem Personalrat geführt.

10.2. Antrag der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. auf ihren jährlichen Zuschuss
Vorlage: ZS5/2012/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer kündigte an, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen diesen Antrag ablehne. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass dieser Zuschuss nicht mehr als zeitgemäß zu betrachten sei.

KA/20170426/Ö10.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. im Rahmen der Patenschaft für das Jahr 2017 einen Zuschuss in Höhe von 1.500 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, UWG/die Aktive)
Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung (Die Linke)

10.3. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 25.04.2017 zum Thema „Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW, hier: immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren"

10.3.1. Begründung der Dringlichkeit

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink begründete die Dringlichkeit des Antrages. Die konsequente wirtschaftsfeindliche Politik der Regierung schade der Region. Die derzeitige Politik behindere die wirtschaftliche Entwicklung der Region und müsse dringend geändert werden. Bei dem Thema gehe es um den gesamten Wirtschaftsstandort.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte in seiner Gegenrede, dass die Dringlichkeit nicht klar geworden sei. Das Thema sei bereits Anfang Februar von der Rheinischen Post aufgegriffen worden. Seitdem seien Gespräche geführt und Stellungnahmen abgegeben worden. Dadurch hätten sich neue Entwicklungen ergeben. Weiterhin kritisierte er die kurze Vorbereitungszeit, da der Antrag sehr kurzfristig gestellt wurde. Zukünftig solle eine Antragstellung außerhalb der Frist nur bei besonderer Dringlichkeit erfolgen.

Beschluss:

Die Dringlichkeit des Antrags wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen (CDU, FDP, UWG/die Aktive)
Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke)

10.3.2. Erläuterung des Antrags

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass sich seine öffentliche Äußerung auf die CO-Pipeline bezogen habe. Das Thema Veröffentlichung sei im März im Landtag umfassend behandelt worden. Grund dafür sei das Vorliegen einer Bundesratsinitiative, die elektronische Verwaltungsdienste ausbauen wolle, um über das Verwaltungshandeln Transparenz herzustellen. Dabei müssten drei Punkte beachtet werden. Dazu zählen die Transparenz zur Stärkung von Akzeptanz, die Wahrung von Geschäftsinteressen und die Sicherung der kritischen Infrastruktur. Deswegen seien derzeit die Minister für Inneres, Wirtschaft und Umwelt zusammen mit der Industrie und den Umweltverbänden dabei, ein geeignetes Verfahren zu finden, welches alle Punkte berücksichtige. Der Antrag beinhalte nicht alle Punkte und sei formal falsch adressiert. Die SPD-Kreistagsfraktion würde den Antrag unterstützen, wenn das Anliegen an die drei Ministerien des Bundes weitergeleitet werde. Es sei zu begrüßen, wenn sich der Rhein-Kreis Neuss als sensibler Standort in dieser Angelegenheit positioniere.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler berichtete, dass in der Praxis der Konkurrenzgedanke keine Relevanz habe. Wenn eine Firma solche Daten öffentlich auslege, hätten Konkurrenzfirmen immer eine Möglichkeit diese anzufordern. Ebenso würden im Internet lediglich die ausgelegten Daten veröffentlicht. Weiterhin sei die Angst vor Terror kein nachvollziehbares Argument, da alle öffentlich ausgelegten Daten im Internet abrufbar seien. Damit sei die Resolution obsolet.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink stellte klar, dass die Wettbewerbsfähigkeit ein hohes Gut für den wirtschaftlichen Erfolg an den Standorten sei. Es sei ein Unterschied, ob dies durch einen Erlass angeordnet werde und die Firmen damit keinen Einfluss mehr nehmen könnten. Des Weiteren bestünde ein großer Unterschied zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Daten. Auch das Thema Terrorgefahr sollte

nicht bagatellisiert werden. Die Adresse sei für die CDU-Kreistagsfraktion durchaus auf den Bund erweiterbar, jedoch werde erwartet, dass die Ministerpräsidentin Ihre Minister dementsprechend anweise. Ergänzend könne die Ministerpräsidentin aufgefordert werden, Gespräche mit der Bundesebene zu führen. Es müsse verdeutlicht werden, dass der Rhein-Kreis Neuss als Wirtschaftsstandort diese Art der Umweltpolitik nicht unterstütze.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer berichtete, dass bereits am 07.02.2017 eine Meldung bei RP Online über die Beschwerden von Unternehmer über den Erlass erschienen sei. Weiterhin habe am 10.02.2017 ein Besuch von Reinhard Bütikofer und Hans-Christian Markert bei Currenta stattgefunden, wo verdeutlichet wurde, wie wichtig Transparenz sei. Allerdings hätten die Wahrung von Betriebsgeheimnissen und der Schutz vor Terrorismus zum Erhalt des Standortes Priorität. Derzeit würden Gespräche mit der Landesregierung und dem Bund geführt. Weiterhin könne die Ministerpräsidentin einen Erlass ihres Ministers nicht zurücknehmen, sondern ihn lediglich anweisen. Dieses Thema sei veraltet, da das Verfahren bereits laufe. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Gründe schließe sich dem Vorschlag von Herrn Thiel an und unterstütze eine Weiterleitung an den Bund.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler betonte, dass die thematisierten Daten der öffentlichen Bekanntmachung unterliegen würden. Betriebsgeheimnisse würden von der öffentlichen Bekanntmachung ausgeschlossen und nicht ausgelegt. Durch die Veröffentlichung von Daten im Internet würde der Zugang für Bürger erleichtert werden. Eine Unterbindung der Veröffentlichung im Internet würde dem Bürger die Möglichkeit nehmen sich unabhängig von den Veröffentlichungszeiten zu informieren. Mit den Unterlagen könnte kein Terroranschlag geplant werden, da Betriebsgeheimnisse nicht veröffentlicht würden. Eine Nichtveröffentlichung der Daten mache deswegen keinen Sinn und schade lediglich dem Bürger.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel wies in Bezug auf die Aussage von Kreistagsabgeordneten Kirsten Eickler darauf hin, dass es sich um eine andere Rechtsmaterie handele. In diesem Sachverhalt sei das Planungsrecht gemeint, wenn eine Firma ihre Anlage erweitere oder verändere und nicht die Produktion. Im Planungsrecht müssten zu Umweltverträglichkeitsprüfungen umfangreiche Gutachten und sogar Sicherheitskonzepte dargelegt werden. Die genannten drei Punkte sollten dabei beachtet werden. Er schlage als Erweiterung des Beschlusses vor, dass der Rhein-Kreis Neuss die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen auffordere, wie bisher die Bundesregierung dahingehend zu unterstützen, dass die Ministerien Innere, Wirtschaft und Umwelt zusammen mit den Wirtschaft- und Umweltverbänden eine adäquate Lösung finden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass es einen Erlass des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gebe. Der Bund habe einen entsprechenden Erlass über solche Transparenz abgelehnt. Insofern sei es eine Regelung des Landes und keine Bundesregelung.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte, dass im Ministerium der Umgang mit diesem Erlass ruhe und abgewartet werde, was bei der bundeseinheitlichen Regelung rauskomme. Um in der Sache weiter zu kommen, müsse man deshalb den Bund als Adressaten aufnehmen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass der Erlass zurückgenommen werden solle. Das Ruhen eines Erlasses sei ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln.

Zuständige umzusetzende Behörde sei die Bezirksregierung Köln, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Im Verfahren sollten von den Fachleuten der Bezirksregierungen die Geschäftsinteressen berücksichtigt werden.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink sagte, dass die Politik von Herrn Remmel frei von Fakten sei, da erst nach dem Erlass eine Umsetzung überlegt werde. Der obere Abschnitt aus der Vorlage könne beibehalten werden und um die Vorgeschlagene Weiterleitung an den Bund ergänzt werden.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler äußerte, dass der Aussage von Kreistagsabgeordnetem Rainer Thiel lediglich im Bereich des Datenschutzes zugestimmt werden könne. Ansonsten sei die Überlegung für die Firmen uninteressant. Lediglich dem Bürger werde die Möglichkeit zur ordentlichen Einsicht der Unterlagen genommen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke fasste zusammen, dass der Beschluss aus der Vorlage um die Aufforderung der Ministerpräsidentin an den Bund ergänzt werde, dass ein derartiger Erlass nicht kommen solle.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass der Abschnitt zur Aufforderung der Ministerpräsidentin den Umweltminister anzuweisen seitens der SPD-Kreistagsfraktion nicht mitgetragen werde. Er schlage vor, dass sich die Fraktionsvorsitzenden zusammenfinden, um einen gemeinsamen Beschluss zu formulieren.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke unterbrach die Sitzung von 16:05 – 16:15 Uhr für die Beratung der Fraktionsvorsitzenden.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink berichtete, dass in der Beratung kein Konsens gefunden werden konnte. Die CDU-Kreistagsfraktion sehe nach wie vor die Landesregierung in der Pflicht. Daher werde der ursprüngliche Antrag so zur Abstimmung gestellt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel wies darauf hin, dass die SPD-Kreistagsfraktion nicht zustimmen könne, da der Beschluss sachlich falsch wäre. Die Ministerpräsidentin könne nicht willkürlich anweisen. Da es einen Verfahrensstand gebe, in dem drei Ministerien involviert seien und die Bundesregierung unterstützt werde. Nach dem Verfahrensstand könne dies nicht von der Ministerpräsidentin gefordert werden. Deswegen schlage die SPD-Kreistagsfraktion vor, dass der Rhein-Kreis Neuss die Landesregierung auffordert weiterhin die Bundesregierung zu unterstützen, dass die Ministerien Inneres, Wirtschaft und Umwelt zusammen mit Wirtschafts- und Umweltverbänden eine Lösung zur Umsetzung der Bundesratsinitiative zum Thema Verwaltungstransparenz herbeiführen.

10.3.3. Abstimmung über den ursprünglichen Antrag

KA/20170426/Ö10.3.3

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss fordert die Ministerpräsidentin des Landes NRW Hannelore Kraft auf, den Erlass des grünen Umweltministers Johannes Remmel zurückzunehmen, wonach Antragsunterlagen in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, für die eine Verpflichtung zur öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung besteht, zu-

sätzlich auch im Internet veröffentlicht werden müssen. Betroffen sind hiervon Betriebe, die bei Genehmigungsverfahren dem Bundesimmissionsschutzgesetz unterliegen. Das gilt zum Beispiel für Chemiefirmen, Müllverbrennungsanlagen sowie die stahlverarbeitende Industrie. Diese Betriebe sind nach dem Erlass dazu verpflichtet, ihre Planungsunterlagen vier Wochen lang neben der für die öffentliche Bekanntmachung zuständigen Behörde auch im Internet zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen (CDU, FDP, UWG/Die Aktive)
Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke)

10.3.4. Abstimmung über die Adressatenerweiterung

KA/20170426/Ö10.3.4

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss fordert die Landesregierung auf, weiterhin die Bundesregierung zu unterstützen, dass die Ministerien Inneres, Wirtschaft und Umwelt zusammen mit Wirtschafts- und Umweltverbänden eine Lösung zur Umsetzung der Bundesratsinitiative zum Thema Verwaltungstransparenz herbeiführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, UWG/Die Aktiven)
Nein-Stimmen (Die Linke)

10.4. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 26.04.2017 zum Thema "Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss / Neusser HV"

10.4.1. Begründung der Dringlichkeit

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel begründete die Dringlichkeit des Antrags insofern, dass vor kurzer Zeit ein Verein aus dem Rhein-Kreis Neuss den Aufstieg in die 2. Handballliga geschafft habe. Aus diesen unvorhersehbaren und aktuellen Anlass müsste man sich mit entsprechenden Multifunktionshallen beschäftigen und ggf. die Kapazität ausweiten oder anpassen.

KA/20170426/Ö10.4.1

Beschluss:

Die Dringlichkeit des Antrags wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10.4.2. Erläuterung des Antrags

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass die CDU Kreistagsfraktion ebenfalls Handlungsbedarf sehe und den Antrag unterstütze. Hierdurch sollten auch die Sportvereine und die Nachwuchssportler im Rhein-Kreis Neuss unterstützt werden. Über eine Errichtung einer Multifunktionshalle wurde schon im Sportausschuss im Jahr 2010 diskutiert. Hier wurde folgender Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird gebeten, mit den Städten und Gemeinden die Realisierungsmöglichkeiten einer Multifunktionshalle zu prüfen. Der Rhein-Kreis Neuss steht im Rahmen der Wirtschaftsförderung beratend zur Seite. Dies erfolgt unter der Maßgabe, dass der Rhein-Kreis Neuss weder als Investor noch als Betreiber auftritt und auch keine verlorenen Zuschüsse zur Verfügung stellt."

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen sprach die Organisation einer solchen Mehrzweckhalle an. Eine gründliche Recherche über Investoren, Kosten und vorhandene Baumöglichkeiten sollte zuerst erfolgen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stimmte zu, dass eine Multifunktionshalle im Rhein-Kreis Neuss wichtig sei. Hierbei müsste mit privaten Investoren geprüft werden, wie die Errichtung einer solchen Halle erfolgen könnte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass Vereine, insbesondere der Neusser Handballverein nach dem Aufstieg in die 2. Bundesliga die vorhandene Halle so nicht mehr nutzen können, da für höherwertige Spiele andere Abstandsflächen und Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden müssten.
Das Hochbauamt des Rhein-Kreises Neuss prüfe derzeit, ob durch andere Maßnahmen, wie Veränderungen der Statik, Bodenmarkierungen etc., Abhilfe geschaffen werden könne. Mit dem aktuellen Masterplan Sport sei man bereits auf dem Weg zu schauen, in welchen Gebieten eine Mehrzweckhalle gebaut werden könnte. Dies wurde so auch an die Städte und Gemeinden weitergegeben. Eine Umsetzung sei noch nicht erfolgt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte aus, dass es keine Garantie dafür gebe, dass Vereine im Rhein-Kreis Neuss dauerhaft in einer Bundesliga spielen würden. Es bestünde daher kein klarer Kausalzusammenhang zu einer Dringlichkeitsentscheidung.

KA/20170426/Ö10.4.2

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, kurzfristig Gespräche mit dem Neusser HV über die Hallensituation in der kommenden Saison in der 2. Liga zu führen mit der Zielsetzung, dass weiterhin Spiele im Rhein-Kreis Neuss ausgetragen werden können.

Sinnvoll wäre auch eine Multifunktionshalle, die für verschiedene Veranstaltungsarten genutzt werden kann.

Daher soll die Kreisverwaltung prüfen, wie langfristig die Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss generell verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die SPD Kreistagsfraktion nahm an der Abstimmung nicht teil.

11. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teile mit, dass die Bezirksregierung der Schulministerin mitgeteilt habe, dass das Verfahren zur Schließung der Martinusschule nicht fortgeschrieben werde.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.04.2017 zum Thema "150 Millionen Euro Gewerbesteuer für die Stadt Neuss"

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte anhand einer Power-Point Präsentation (s. Anlage) die Entwicklung der Kreisumlage bei einer erwarteten Gewerbesteuerzahlung für die Stadt Neuss in Höhe von 150 Mio Euro.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Annika Geppert
Schriftführung

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 24.04.2017

Dezernat II

rhein kreis neuss

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. II/2050/XVI/2017

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	26.04.2017	öffentlich

Aktuelle Flüchtlingszahlen

Sachverhalt:

Deutschland

In den Monaten Januar – März 2017 wurde Deutschlandweit ein Zugang von 43.741 Flüchtlingen registriert, die vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak kamen. Dabei ist der monatliche Zugang im Verlauf des Jahres konstant.

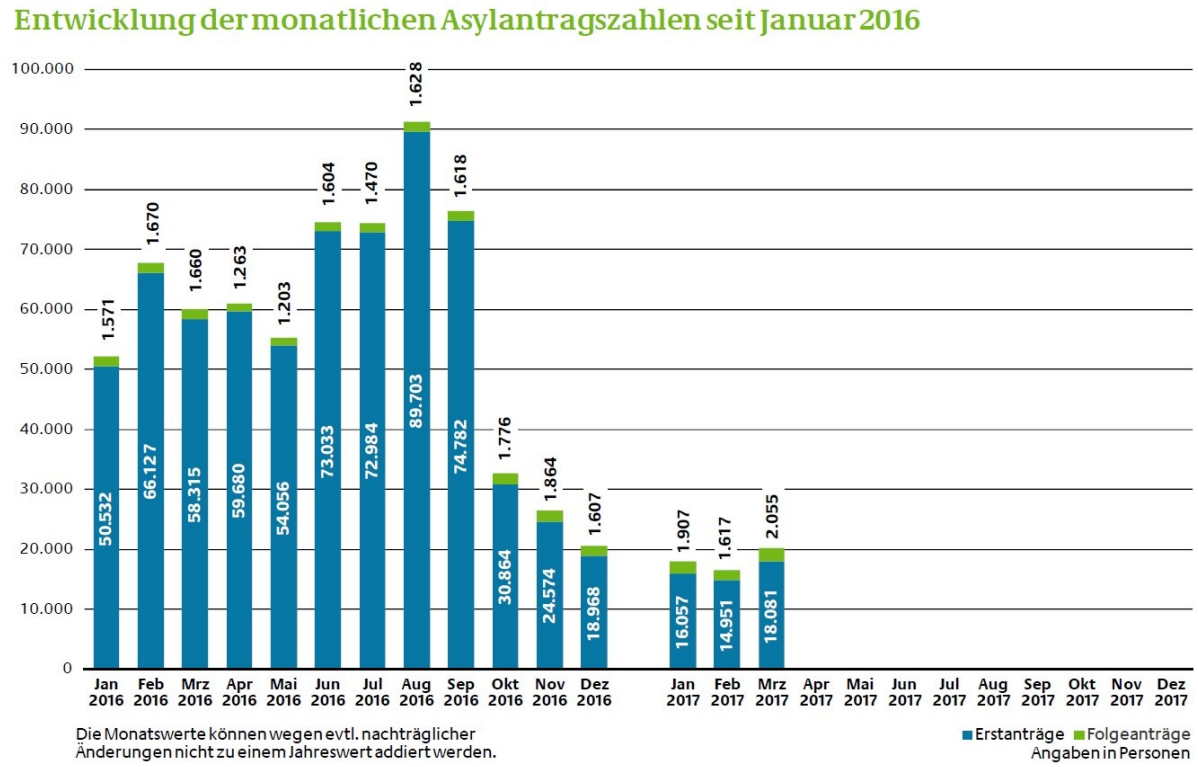
Nach der seit Januar 2017 zur Verfügung stehenden Asylgesuch-Statistik wurde im März 2017 ein Zugang von 14.976 Asylsuchenden nach Deutschland registriert.

Hauptstaatsangehörigkeiten Asylzugang von Januar bis März 2017				
	Top-10-Staatsangehörigkeiten	**Jan. 2017**	**Feb. 2017**	**Mrz. 2017**
	Asylsuchende insgesamt	14.476	14.289	**14.976**
1.	Syrien	2.712	3.533	**3.679**
2.	Irak	1.130	1.387	**1.402**
3.	Afghanistan	963	951	**1.017**
4.	Eritrea	990	1.017	**907**
5.	Ungeklärt	583	573	**685**
6.	Iran	800	567	**558**
7.	Türkei	573	440	**495**
8.	Nigeria	643	452	**457**
9.	Somalia	508	496	**437**
10.	Albanien	325	356	**379**

In 2016 lag der Zugang noch bei 280.000, im Jahr 2015 bei insgesamt 890.000 Flüchtlingen.

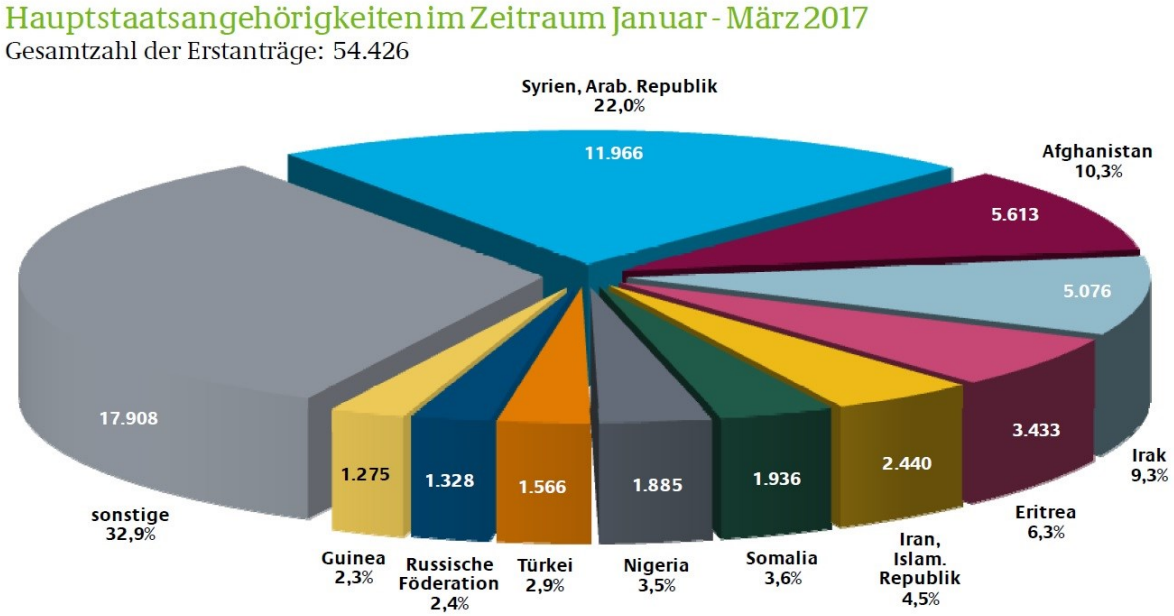
Im bisherigen Berichtsjahr 2017 (Januar – März) wurden 54.426 Erstanträge vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entgegengenommen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres

wurden 176.465 Erstanträge gestellt, dies bedeutet einen Rückgang von 69,2 Prozent. Die Zahl der Folgeanträge im bisherigen Jahr 2017 stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (4.940 Folgeanträge, +16,0 %) auf 5.731 Folgeanträge. Damit nahm das Bundesamt insgesamt 60.157 Asylanträge im bisherigen Berichtsjahr 2017 entgegen; im Vergleich zum Vorjahr (181.405 Asylanträge) bedeutet dies einen Rückgang um 66,8 %.



(Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Die stärksten Herkunftsländer der bei den Antragstelllern waren dabei Syrien, Afghanistan und der Irak.



(Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Im bisherigen Berichtsjahr wurden insgesamt 222.395 Entscheidungen über Asylanträge getroffen. Dabei lag die Gesamtschutzquote für alle Staatsangehörigkeiten im bisherigen Jahr 2017 bei 46,5 % (103.436 positive Entscheidungen von insgesamt 222.395).

Die Anzahl der offenen Fälle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte auch im März 2017 weiter abgebaut werden. So hat das Bundesamt im März 2017 über die Anträge von 80.595 Personen entschieden und die Zahl der anhängigen Verfahren von 333.815 Ende Februar 2017 auf 278.006 Ende März 2017 reduziert. Die Zahl der beim Bundesamt gestellten förmlichen Asylanträge lag im Monat März 2017 bei 20.136.

Rhein-Kreis Neuss
Im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde des Rhein-Kreis Neuss leben zum Stichtag 28.02.2017 insgesamt 4.767 Menschen im Kontext Fluchtmigration. Hiervon haben 1.937 eine Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis, 1.932 Asylverfahren waren zum Stichtag noch anhängig.
Hinsichtlich der Erfüllungsquoten der Städte und Gemeinden bei der Wohnsitzauflage für Flüchtlinge liegen keine aktuellen Zahlen vor. Die neuesten von der Bezirksregierung Arnsberg auf der Homepage veröffentlichten Zahlen sind zum Stichtag 01.01.2017.

Personen im Kontext von Fluchtmigration am Arbeitsmarkt im Rhein-Kreis Neuss
Im März 2017 waren im Rhein-Kreis Neuss insgesamt 2.511 Personen im Kontext Fluchtmigration arbeitssuchend gemeldet. Hiervon entfallen 742 Personen auf den Rechtskreis SGB III und 1.769 Personen auf den Rechtskreis SGB II. Weitere Details können der anhängenden Statistik entnommen werden.
"Personen im Kontext von Fluchtmigration" umfassen Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht und einer Duldung. Im Hinblick auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt hat dieser Personenkreis ähnliche Problemlagen. Personen, die im Rahmen eines Familiennachzugs (§§29ff AufenthG) zu geflüchteten Menschen nach Deutschland migrieren, zählen im statistischen Sinne nicht zu „Personen im Kontext von Fluchtmigration" sondern zu „Personen mit sonstigen Aufenthaltsstatus".

Anlagen:
Eckwerte-Flüchtlinge_Kr Rhein-Kreis Neuss_201703

Personen im Kontext von Fluchtmigration[1)] am Arbeitsmarkt im Überblick

05162 Rhein-Kreis Neuss (Gebietsstand März 2017)

Ausgewählte Berichtsmonate, Datenstand: März 2017

Erläuterungen zu den Fußnoten sowie zu den Symbolen, die in der Tabelle genutzt werden, finden Sie auf dem Hinweisblatt "Hinweise und Fußnoten".

	Insgesamt (SGB III + SGB II)				SGB III			SGB II		
	Anzahl	Anteil an (in %)	Veränderung zum Vorjahr absolut	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Anteil an (in %)	Anteil an Sp. 1 (in %)	Anzahl	Anteil an (in %)	Anteil an Sp. 1 (in %)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bestand an Arbeitssuchenden nach Merkmalen (Monatswert - März 2017)										
Arbeitssuchende insgesamt	24.583		494	2,1	8.539		34,7	16.044		65,3
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	2.511	100,0	x	x	742	100,0	29,5	1.769	100,0	70,5
dav.: nach Alter										
15 bis unter 25 Jahre	674	26,8	x	x	266	35,8	39,5	408	23,1	60,5
25 bis unter 35 Jahre	965	38,4	x	x	317	42,7	32,8	648	36,6	67,2
35 bis unter 45 Jahre	503	20,0	x	x	100	13,5	19,9	403	22,8	80,1
45 bis unter 55 Jahre	255	10,2	x	x	47	6,3	18,4	208	11,8	81,6
55 Jahre und älter	114	4,5	x	x	12	1,6	10,5	102	5,8	89,5
dav.: nach Schulabschluss										
Kein Hauptschulabschluss	808	32,2	x	x	266	35,8	32,9	542	30,6	67,1
Hauptschulabschluss	158	6,3	x	x	48	6,5	30,4	110	6,2	69,6
Mittlere Reife	120	4,8	x	x	46	6,2	38,3	74	4,2	61,7
Abitur/(Fach-)Hochschulreife	683	27,2	x	x	230	31,0	33,7	453	25,6	66,3
Ohne Angabe (Schulabschluss)[1)]	742	29,5	x	x	152	20,5	20,5	590	33,4	79,5
dav.: nach Anforderungsniveau des Zielberufs										
Helfer	1.657	66,0	x	x	411	55,4	24,8	1.246	70,4	75,2
Fachkraft / Spezialist / Experte	693	27,6	x	x	238	32,1	34,3	455	25,7	65,7
Ohne Angabe (Anforderungsniveau)[1)]	161	6,4	x	x	93	12,5	57,8	68	3,8	42,2
dar.: nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten										
dav.: Sonstige Drittstaaten[1)]	478	19,0	x	x	254	34,2	53,1	224	12,7	46,9
nichteuropäische Asylherkunftsländer[1)]	2.033	81,0	x	x	488	65,8	24,0	1.545	87,3	76,0
dav.: Afghanistan	215	8,6	x	x	126	17,0	58,6	89	5,0	41,4
Eritrea	122	4,9	x	x	18	2,4	14,8	104	5,9	85,2
Irak	324	12,9	x	x	112	15,1	34,6	212	12,0	65,4
Iran, Islam. Republik	154	6,1	x	x	73	9,8	47,4	81	4,6	52,6
Nigeria	41	1,6	x	x	35	4,7	85,4	6	0,3	14,6
Pakistan	46	1,8	x	x	36	4,9	78,3	10	0,6	21,7
Somalia	15	0,6	x	x	6	0,8	40,0	9	0,5	60,0
Syrien, Arab. Republik	1.116	44,4	x	x	82	11,1	7,3	1.034	58,5	92,7
Bestand an Arbeitslosen (Monatswert - März 2017)										
Arbeitslose insgesamt	13.371	100	- 628	-4,5	4.966	100,0	37,1	8.405	100	62,9
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	554	4,1	x	x	91	1,8	16,4	463	5,5	83,6
Zugänge an Arbeitslosen nach ausgewählten Zugangsgründen (Summe seit Jahresbeginn - März 2017)										
Zugänge insgesamt	9.034		286	3,3	4.866		53,9	4.168		46,1
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	441	100,0	x	x	94	100,0	21,3	347	100,0	78,7
dav.: Erwerbstätigkeit	30	6,8	x	x	12	12,8	40,0	18	5,2	60,0
dar.: Beschäftigungung am 1. Arbeitsmarkt und Selbst.	30	6,8	x	x	12	12,8	40,0	18	5,2	60,0
Ausbildung u. sonst. Maßnahmeteilnahme	217	49,2	x	x	11	11,7	5,1	206	59,4	94,9
dav.: Ausbildung	3	0,7	x	x	-	0,0	0,0	3	0,9	100,0
Sonstige Ausbildung/Maßnahme	214	48,5	x	x	11	11,7	5,1	203	58,5	94,9
Nichterwerbstätigkeit	77	17,5	x	x	11	11,7	14,3	66	19,0	85,7
Sonstiges/Keine Angabe	117	26,5	x	x	60	63,8	51,3	57	16,4	48,7
Abgänge an Arbeitslosen nach ausgewählten Abgangsgründen (Summe seit Jahresbeginn - März 2017)										
Abgänge insgesamt	8.294		- 229	-2,7	4.381		52,8	3.913		47,2
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	300	100,0	x	x	29	100,0	9,7	271	100,0	90,3
dav.: Erwerbstätigkeit	31	10,3	x	x	9	31,0	29,0	22	8,1	71,0
dar.: Beschäftigungung am 1. Arbeitsmarkt und Selbst.	30	10,0	x	x	9	31,0	30,0	21	7,7	70,0
Ausbildung u. sonst. Maßnahmeteilnahme	216	72,0	x	x	9	31,0	4,2	207	76,4	95,8
dav.: Ausbildung	5	1,7	x	x	*	*	*	*	*	*
Sonstige Ausbildung/Maßnahme	211	70,3	x	x	*	*	*	*	*	*
Nichterwerbstätigkeit	35	11,7	x	x	8	27,6	22,9	27	10,0	77,1
Sonstiges/Keine Angabe	18	6,0	x	x	3	10,3	16,7	15	5,5	83,3
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)[1)] (Monatswert mit 3-monatiger Wartezeit - Dezember 2016)										
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeit) insgesamt	16.913		- 105	-0,6	5.164		30,5	11.749		69,5
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	1.341	100,0	x	x	212	100,0	15,8	1.129	100,0	84,2
dar.: Arbeitslosigkeit	414	30,9	x	x	*	*	*	*	*	*
Aktivierung und berufliche Eingliederung	262	19,5	x	x	115	54,2	43,9	147	13,0	56,1
Berufliche Weiterbildung	9	0,7	x	x	*	*	*	*	*	*
Fremdförderung	626	46,7	x	x	82	38,7	13,1	544	48,2	86,9
Arbeitsgelegenheiten	-	0,0	x	x	-	-	0,0	-	0,0	0,0
Bestand an Teilnehmenden in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Monatswert mit 3-monatiger Wartezeit - Dezember 2016)										
Teilnehmende insgesamt	3.966		1.085	37,7	1.864		47,0	2.102		53,0
dar.: im Kontext von Fluchtmigration[1)]	556	100,0	x	x	227	100,0	40,8	329	100,0	59,2
dav.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	463	83,3	x	x	212	93,4	45,8	251	76,3	54,2
Berufswahl und Berufsausbildung	17	3,1	x	x	10	4,4	58,8	7	2,1	41,2
Berufliche Weiterbildung	*	*	*	*	*	*	*	8	2,4	88,9
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	9	1,6	x	x	*	*	*	*	*	*
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	*	*	*	*	-	0,0	0,0	*	*	*
sonstige Förderung	57	10,3	x	x	-	0,0	0,0	57	17,3	100,0

Erstellungsdatum: 30.03.2017 Statistik-Service-West, Auftragsnummer 240213

© Bundesagentur für Arbeit

[1)] Siehe Glossar

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 26.04.2017

010 - Büro des Landrates/Kreistages

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/2060/XVI/2017

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	26.04.2017	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 25.04.2017 zum Thema „Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW, hier: immissions-schutzrechtliches Genehmigungsverfahren„

Anlagen:
Antrag - Kreisausschuss - Resolution1

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

25. April 2017

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 26. April 2017

Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf Verabschiedung einer Resolution an die Ministerpräsidentin des Landes NRW auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistagsausschusses am 26. April 2017 zu setzen.

Resolution

Der Rhein-Kreis Neuss fordert die Ministerpräsidentin des Landes NRW Hannelore Kraft auf, den Erlass des grünen Umweltministers Johannes Remmel zurückzunehmen, wonach Antragsunterlagen in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, für die eine Verpflichtung zur öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung besteht, zusätzlich auch im Internet veröffentlicht werden müssen. Betroffen sind hiervon Betriebe, die bei Genehmigungsverfahren dem Bundesimmissionsschutzgesetz unterliegen. Das gilt zum Beispiel für Chemiefirmen, Müllverbrennungsanlagen sowie die stahlverarbeitende Industrie. Diese Betriebe sind nach dem Erlass dazu verpflichtet, ihre Planungsunterlagen vier Wochen lang neben der für die öffentliche Bekanntmachung zuständigen Behörde auch im Internet zu veröffentlichen.

CDU-Kreistagsfraktion ▪ Münsterplatz 13a ▪ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ▪ Telefax: 02131/7188555 ▪ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
▪ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ▪ Brauereistraße 13 ▪ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860▪ Telefax: 02161/8299861▪ E-Mail: info@fdp-rkn.de
▪ Internet: www.fdp-rkn.de

Begründung

Der Erlass von Umweltminister Remmel ist ein Bremsklotz für dringend benötigte Investitionen in Industriearbeitsplätze in NRW. Auch der Verband Unternehmer NRW spricht von einem Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die damit gezwungen werden, ihrer internationalen Konkurrenz weltweit Baupläne - und damit geistiges Knowhow - frei Haus zu liefern. Sind diese Informationen einmal im Internet, ist eine uneingeschränkte Nutzung und Verbreitung nicht zu verhindern. Das könnte erhebliche Wettbewerbsnachteile und Risiken für betroffene Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss und in ganz NRW zur Folge haben, zumal die Vorgaben zur Veröffentlichung solcher Daten im außereuropäischen Vergleich häufig erheblich restriktiver sind. Ebenso stellt die Veröffentlichung von Plänen sowie Lagerungsgeheimnissen eine erhebliche Risikoerhöhung dar. Gerade in Zeiten von Terrorgefahr ist eine öffentliche Einsicht solcher Daten im Internet äußerst vorsichtig zu gestalten.

Der Erlass ist ein weiteres Beispiel von industrie- und unternehmensfeindlichen Alleingängen des grünen Umweltministers. Zum wiederholten Male geht die rot-grüne Landesregierung damit über Bundes- und EU-Recht zum Wettbewerbsnachteil von NRW hinaus.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Rolf Kluthausen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

CDU-Kreistagsfraktion ▪ Münsterplatz 13a ▪ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ▪ Telefax: 02131/7188555 ▪ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
▪ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ▪ Brauereistraße 13 ▪ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ▪ Telefax: 02161/8299861 ▪ E-Mail: info@fdp-rkn.de
▪ Internet: www.fdp-rkn.de

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 26.04.2017

010 - Büro des Landrates/Kreistages

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/2061/XVI/2017

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	26.04.2017	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 26.04.2017 zum Thema "Hallensituation im Rhein-Keis Neuss / Neusser HV"

Anlagen:
uwg-aktive-antrag-halle-2017-thiel

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich

Neuss, den 26.04.2017

Hallensituation im Rhein-Keis Neuss / Neusser HV

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 26.04.2017 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, kurzfristig Gespräche mit dem Neusser HV über die Hallensituation in der kommenden Saison in der 2. Liga zu führen mit der Zielsetzung, dass weiterhin Spiele im Rhein-Kreis Neuss ausgetragen werden können.

Sinnvoll wäre auch eine Multifunktionshalle, die für verschiedene Veranstaltungsarten genutzt werden kann.

Daher soll die Kreisverwaltung prüfen, wie langfristig die Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss generell verbessert werden kann.

Begründung:

Leider ist der Profisport im Rhein-Kreis Neuss sehr unterbesetzt. Erfreulicherweise hat jetzt ein Verein aus dem Rhein-Kreis Neuss aus eigener Kraft den Aufstieg in die 2. Handballliga geschafft. Aufgrund der schlechten Hallensituation im Rhein-Kreis Neuss soll es Planungen geben, dass die Spiele zukünftig in Düsseldorf ausgetragen werden.

Da nach dem Zusammenschluss mit dem ART Düsseldorf auch ein neuer Name entstanden ist (Rhein Vikings), ist dadurch die Bindung an den Rhein-Kreis Neuss völlig verloren gegangen. Falls auch andere Bereiche im Sport in Zukunft erfolge haben sollten, wird der Profisport im Rhein-Kreis Neuss meistens an der Hallensituation scheitern.

Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 26.04.2017

Dezernat III

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. III/2059/XVI/2017

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	26.04.2017	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.04.2017 zum Thema "150 Millionen Euro Gewerbesteuernachzahlung an die Stadt Neuss"

Anlagen:
Gruene Anfrage zur 150 Mio. Steuernachz. für Neuss

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den
Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 6012400

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 24. April 2017
Marco Becker / Renate Dorner-Müller

150 Millionen Gewerbesteuernachzahlung für Neuss

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wir bitten Sie um Beantwortung unsere nachstehenden Fragen in der Sitzung des **Kreisausschusses am 26. April 2017**:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zu der Frage, ob es tatsächlich zu einer Steuerzahlung in der Höhe kommen wird, wie in der Presse berichtet?

2. Mit welchen künftigen Auswirkungen auf die Kreisumlage ist hierdurch zu rechnen, auch im Hinblick auf die anderen kreisangehörigen Gemeinden?

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

Email an: Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss

Gewerbesteuerzahlung an die Stadt Neuss

sämtliche Prognosen auf Basis 2017 und unter Vorbehalt !!

	erwartete Zahlung		ca.	150.000.000,00 €
	abzgl. Gewerbesteuerumlage (lt. Hpl- Stadt NE: Ertrag/Hebesatz 455 * 69)			22.747.252,75 €
				127.252.747,25 €
§ 24 GFG:	die Kreisumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 1 und 2 festgesetzt		lt. Hh.satzung 2016/2017	40,75%
§ 23 GFG:	die Umlagegrundlagen zur Ermittlung der Ertragskraft sind - die Steuerkraftmeßzahlen der ka. Gemeinden - die Schlüsselzuweisungen der ka. Gemeinden			
	Umlagegrundlagen KU steigen um	127.252.747,25 €		
	multipliziert mit Hebesatz KU	40,75%		
⇒	**Kreisumlage steigt**			**51.855.494,51 €**
§ 25 GFG:	die Landschaftsumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 3 festgesetzt		lt. Hh.satzung 2017/2018	16,15%
§ 23 GFG:	die Umlagegrundlagen zur Ermittlung der Ertragskraft sind - die Steuerkraftmeßzahlen der ka. Gemeinden - die Schlüsselzuweisungen der ka. Gemeinden und Kreise - die Abrechnungsbeträge nach ELAG			
	Umlagegrundlagen LU *steigen* um	127.252.747,25 €		
	Umlagegrundlagen LU *sinken* aufgrund Entfall Kreis-Schlüsselzuweisungen um	39.000.000,00 €		
	multipliziert mit Hebesatz LU	16,15%		
⇒	**Landschaftsumlage steigt**			**14.252.818,68 €**
⇒	**Schlüsselzuweisungen entfallen**			**39.000.000,00 €**
	Verschlechterung für den Kreishaushalt			**- 1.397.324,18 €**